



newsletter

Aktuelles aus dem Tiroler Landtag





In der **27. Sitzung** des **Tiroler Landtages**
der XVIII. Gesetzgebungsperiode behandelten wir...

43 Tagesordnungspunkte



12 Dringlichkeits-Anträge



83 Anfragebeantwortungen



62 Schriftliche Anfragen



36 Anträge



Aktuelle Stunde

zum Thema „Wer leistbares Wohnen in Tirol will, muss illegale Freizeitwohnsitze in Tirol verhindern“ (Liste Fritz)



Mündliche Anfrage

...an LH Mattle betreffend ÖGK-Reform war ein „Fehler“ (Liste Fritz)

...an LRⁱⁿ Pawlata Mattle betreffend Prävention und Gewaltschutz in Tirol (SPÖ)

...an LH Mattle betreffend mehr Geld und Planungssicherheit für
alle Tiroler Sozialvereine (Liste Fritz)





Übersicht



Aktuelle Stunde

Aktuelle Stunde | „Wer leistbares Wohnen in Tirol will, muss illegale Freizeitwohnsitze in Tirol verhindern“ (Liste Fritz)

Regierungsmitglieder & Abgeordnete

LA Peter Seiwald | Freizeitwohnsitze

LH Anton Mattle | „Bergauf für Österreich – Tirols Bundesländervorsitz als Chance“

LA Michael Jäger & KO Jakob Wolf | Novelle Tiroler Jagdgesetz

LA Beate Scheiber | Augenärztliche Versorgung Landeck

KO Jakob Wolf & VP Dominik Mainusch | Novelle Gewerbeordnung vs. Gemeindeautonomie





Aktuelle Stunde | VP Dominik Mainusch „Kein Ausverkauf unserer Heimat, keine Legalisierung illegaler Freizeitwohnsitze“

Klare Worte gegen **Bodenspekulation, illegale Freizeitwohnsitze** und **Preistreiberei am Immobilienmarkt** fand **Landtagsvizepräsident & VP-Gemeindesprecher Dominik Mainusch** in der Aktuellen Stunde zum Thema Freizeitwohnsitze im Tiroler Landtag: *„Diese Entwicklung ist Gift für leistbaren Wohnraum. Wenn wir nicht konsequent gegensteuern, verkaufen wir Schritt für Schritt unsere Heimat“*, stellte Mainusch unmissverständlich klar.

„Wir stehen weder für den schleichenden Ausverkauf Tirols zur Verfügung, noch für ein nachträgliches Weißwaschen illegaler Freizeitwohnsitze durch eine absurde Legalisierungssteuer.“

Mainusch betonte, dass Tirol über nahezu 300.000 hochwertige Gästebetten verfüge. *„Unser touristisches Konzept basiert auf professionelle Beherbergungsbetriebe und nicht auf illegal Freizeitwohnsitze mitten in Wohnsiedlungen.“*

Besonders kritisch sieht Mainusch die **massiven Preistreiber-Effekte** durch die künstliche Nachfrage: *„Wenn internationale Investoren bereit sind, jeden Preis zu zahlen, geraten Einheimische massiv unter Druck.“* Anhand eines konkreten Falls schilderte er, wie ein ursprünglich vereinbarter Quadratmeterpreis von 600 Euro für ein Eigenheim einer Bürgerin nach einem Investorendeal in der Nachbargemeinde plötzlich nicht mehr haltbar war. *„Genau so entsteht die Spirale nach oben und genau deshalb müssen wir diesen Ausverkauf stoppen.“*

*„Wir stehen weder für den schleichenden
Ausverkauf Tirols zur Verfügung, noch für
ein nachträgliches Weißwaschen illegaler
Freizeitwohnsitze mittels
einer absurden Legalisierungssteuer!“*





Eine „**Freikauf-Mentalität**“ über Steuern lehnt Mainusch für die Tiroler Volkspartei entschieden ab: *„Wir leben in einem zivilisierten Rechtsstaat. Von Gesetzen kann man sich nicht mit Geld freikaufen. Eine nachträgliche Legalisierung würde die Glaubwürdigkeit unseres Rechtssystems massiv beschädigen.“*

Stattdessen fordert Mainusch einen **konsequenten Vollzug der bestehenden Regelungen**: *„Wir brauchen den Turbo bei Kontrollen.“* Die Gemeinden müssten dabei gestärkt werden durch Kostenersatz für Kontrollaufwand und die vollständige Zweckwidmung der Strafgelder vor Ort. *„Unsere Baubehörden kennen die Situation am besten, sie sind der Schlüssel für wirksame Maßnahmen.“* Am Beispiel eines aufgedeckten Freizeitwohnsitzes in seine Gemeinde, die daraufhin an ein 4 köpfige, einheimische Familie veräußert wurde, zeigt Mainusch den Effekt dieses Weges. *„Jede Wohnung, die wir so für die Tiroler Bürger mobilisieren, brauchen wir nicht auf der grünen Wiese neu errichten.“*

Der Vizepräsident ging auch auf die **Bedeutung des Tourismus für Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Tirol** ein: *„Wir brauchen den Tourismus wie einen Bissen Brot. Für unsere Gäste stehen zahlreiche qualitätsvolle Beherbergungsbetriebe zur Verfügung. Was nicht geht, sind Ferienresidenzen Tür an Tür mit Einheimischen in regulären Wohnanlagen“,* schließt Mainusch.





LA Peter Seiwald | Freizeitwohnsitze

Im Zuge der Diskussion in der Aktuellen Stunde forderte **VP-Wirtschaftssprecher Peter Seiwald** mehr Augenmaß und Rechtsstaatlichkeit zum Thema Freizeitwohnsitze ein. *„Legale Freizeitwohnsitze bringen, vor allem in touristischen Gebieten wie z.B. Kitzbühel, spürbare Wertschöpfung für die Region. Diese Eigentümer verdienen Respekt, keine gesellschaftliche Kriminalisierung“*, so Seiwald.

Gegen die illegalen Nutzungen müsse konsequent vorgegangen werden, das ist aber die Aufgabe der Behörden. *„Was wir aber entschieden ablehnen, sind anonyme Anzeigen, Bespitzelungen durch selbsternannte Detektive und private Sheriffs“*, stellt der Unterländer Abgeordnete fest.

*„Kontrolle und Vollziehung der strengen
Freizeitwohnsitzregelung sind Aufgabe der
Behörden und Gemeinden!“*



In der aktuellen Diskussion gibt es für ihn drei Grundsätze zu beachten: Erstens müsse der **Wohnraum geschützt** werden, gleichzeitig sei die **wirtschaftliche Bedeutung legaler Freizeitwohnsitze für die Region** anzuerkennen. Illegal bleibt illegal, aber Eigentümer mit legalen Freizeitwohnsitzen dürfen nicht stigmatisiert werden. Und drittens brauche es **Lösungen im Dialog**. *„Wo es Schwierigkeiten gibt, reden wir mit den Bürgermeistern und unterstützen die Gemeinden gezielt, und lösen die Probleme im direkten Gespräch vor Ort, und nicht über Denunziation“*, sagt Seiwald abschließend.





LH Anton Mattle | „Bergauf für Österreich – Tirols Bundesländervorsitz als Chance“

Tirol hat mit Jahresbeginn den Vorsitz der Landeshauptleutekonferenz übernommen. Unter dem Motto „**Bergauf für Österreich**“ will das Land Impulse für Reformen setzen und die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden stärken. „Bergauf“ steht dabei für Ausdauer, Zuversicht und den gemeinsamen Weg zu klaren Zielen.

Landeshauptmann Anton Mattle hat im Zuge eines „mündlichen Berichtes“ dem Hohen Tiroler Landtag einen Ausblick auf Tirols Bundesländervorsitz gegeben.

Tirol startet aus einer Position der Stärke: als einziges Bundesland mit einem **Budget ohne neue Schulden**, mit dem **höchsten Wirtschaftswachstum aller österreichischen Bundesländer** (1,5 %), **Rekordbeschäftigung** und der **niedrigsten Arbeitslosigkeit Österreichs**. Diese Dynamik soll in den kommenden Monaten genutzt werden. „*Diese optimistischen Signale müssen Bund, Länder und Gemeinden jetzt nutzen, um vom Reden ins Tun zu kommen*“, so der Vorsitzende der LH-Konferenz **Tirols Landeshauptmann Anton Mattle**.

Schwerpunkte des Tiroler Vorsitzes sind mehr Wettbewerbsfähigkeit durch weniger Bürokratie, eine bessere Unterstützung des Ehrenamts, neue Lösungen für den Katastrophenschutz – inklusive Diskussion über eine Pflichtversicherung – sowie eine Stärkung der Regionalmedien und der Gemeinden.

„Wir wollen die Herausforderungen annehmen und am 'Bergauf' Österreichs arbeiten – mit einem starken Vorsitz des Bundeslandes Tirol“





Ein zentraler Schwerpunkt ist die **Reformpartnerschaft** zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Im Gesundheitsbereich geht es um bessere Patientenlenkung, stärkere Einbindung von Wahlärzten, digitale Lösungen und eine klare Aufgabenteilung, ohne dass Entscheidungen über Spitäler zentral aus Wien getroffen werden. In der Bildung sollen Zuständigkeiten entflochten, Schulautonomie gestärkt und die Elementarpädagogik weiterentwickelt werden. Auch in der Verwaltung stehen Kompetenzbereinigung, Digitalisierung und konsequenter Bürokratieabbau im Fokus.

„Wir sind reform- und kompromissbereit. Dort, wo notwendig, werden die Bundesländer die Spitze der Veränderung sein. Reformen müssen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger gedacht werden. Für die Bevölkerung ist nicht entscheidend, wer wofür zuständig ist, sondern dass es echte Fortschritte gibt“, betonte LH Anton Mattle.



„Es darf bei der Reformpartnerschaft keine parteipolitischen Blockaden geben – alle Parteien müssen über ihren Schatten springen und aufeinander zugehen!“

Bis zum Sommer wird eine gemeinsame Länderposition erarbeitet, zahlreiche Fachkonferenzen bereiten konkrete Schritte vor. Ziel ist ein Staat mit **klaren Verantwortlichkeiten, schnelleren Verfahren und mehr Gestaltungskraft vor Ort.**

Der Landeshauptmann appelliert abschließend an alle Parteien, parteipolitische Blockaden zu überwinden. **Erfolgreiche Reformen** brauchen einen Schulterschluss über Länder- und Parteigrenzen hinweg – ganz im Sinne eines starken Föderalismus.





Zeitplan der Reformpartnerschaft



Unter dem **Vorsitz von LH Anton Mattle in der Landeshauptleute-Konferenz** wird es liegen, bis Mitte des Jahres Fortschritte und Teilerfolge zu erzielen und eine gemeinsame Position der Länder zu koordinieren. Abgeschlossen wird die Reformpartnerschaft bis Ende des Jahres unter Vorarlberger Vorsitz.





LA Michael Jäger | Novelle Tiroler Jagdgesetz

Mit der im Tiroler Landtag mehrheitlich beschlossenen Novelle des Tiroler Jagdgesetzes (gegen die Stimmen der Grünen) wird ein zentraler Schritt zur Stärkung und Sicherheit der Alm- und Weidewirtschaft gesetzt. Für **VP-Jagdsprecher Michael Jäger** ist klar: „Diese Novelle ist ein echter Meilenstein für Tirol. Sie bringt mehr Flexibilität, deutlich weniger Bürokratie und vor allem raschere Hilfe für unsere Bäuerinnen und Bauern sowie das Almpersonal.“

„Ausgangspunkt der Gesetzesänderung war die Herabstufung des Wolf-Schutzstatus auf EU-Ebene im Sommer 2025. Unmittelbar danach habe das Land Tirol intensive Gespräche mit allen Betroffenen aufgenommen – von Landwirtschaft über Almwirtschaft bis hin zur Jägerschaft. Die Novelle tritt mit 1. April (Beginn Jagdsaison) in Kraft und gilt damit rechtzeitig zur kommenden Almsaison“, so Jäger.

Tirol zählt rund 2.080 Almen, etwa 3.100 Hirten und Almpersonal sowie rund 180.000 Tiere, die jeden Sommer auf den Weiden sind. „Hinter diesen Zahlen stehen viele Bäuerinnen und Bauern, die klare Regeln und vor allem Verlässlichkeit benötigen“, betont Jäger.

„Mehr Rechtssicherheit, weniger Bürokratie –
die Novelle des Tiroler Jagdgesetzes
stärkt Tirols Almen!“



Kern der Novelle ist, dass neben dem **bisherigen bewährten Verordnungssystem ein zusätzliches, noch schnelleres Verständigungssystem** eingeführt wird. Somit kann zukünftig – sofern die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind – ein Wolf auch ohne Verordnung der Landesregierung entnommen werden. Dadurch wird **schnelles, unbürokratisches Handeln** ermöglicht.





Neu ist außerdem, dass – unter klar definierten Voraussetzungen – auch Tierbesitzerinnen und Tierbesitzer sowie Almpersonal tätig werden können und Wölfe entnehmen können, sofern sie über eine gültige Tiroler Jagdkarte und entsprechende Jagderlaubnis verfügen.

„Das passiert in enger Abstimmung mit der Tiroler Jägerschaft. Ziel ist ein gemeinsames Vorgehen von Jägerschaft und Landwirtschaft, wir wollen keine Alleingänge und keine Unsicherheit in den Revieren“, stellt Jäger fest. „Tirol geht hier bewusst einen eigenständigen, verantwortungsvollen Weg für mehr Sicherheit, für funktionierende Almen und für eine nachhaltige Bewirtschaftung unserer Kulturlandschaft“, so Jäger.

Auch für den **Klubobmann der Tiroler Volkspartei im Tiroler Landtag Jakob Wolf** stellt die Novelle des Tiroler Jagdgesetzes eine wichtige Weiterentwicklung des Wolfsmanagements im Bundesland Tirol dar. *„Mit dem Beschluss im Tiroler Landtag sorgen wir dafür, dass die Entnahme von Schad- und Risikowölfen noch schneller, unbürokratischer und praxistauglicher umgesetzt werden kann“,* so der Klubobmann.



„Tirol nimmt mit der Weiterentwicklung eine Vorreiterrolle in Österreich ein – zum bestmöglichen Schutz unserer Weidetiere und unser Almwirtschaft!“





LA Beate Scheiber | Augenärztliche Versorgung Landeck

Die aktuelle Situation rund um die **vakante, augenärztliche Kassenstelle in Landeck** sorgt für große Verunsicherung in der Bevölkerung. Für **VP-Gesundheitssprecherin Beate Scheiber und Landtagsabgeordnete aus Landeck**, steht fest: *„Ich bin selbst aus Landeck und weiß, wie wichtig eine verlässliche augenärztliche Versorgung für die Menschen im Bezirk ist. Umso größer ist das Unverständnis, wenn eine Kassenstelle nach kurzer Zeit wieder verloren geht.“*

Dabei gehe es **nicht um Schuldzuweisungen, sondern um Verantwortung**. *„Wenn Regionen mit hohem Bedarf immer wieder ihre Versorgung verlieren, dann müssen die bestehenden Regeln kritisch überprüft werden. Aus meiner Sicht sollten ÖGK und Ärztekammer prüfen, ob es innerhalb der aktuellen Systeme Möglichkeiten gibt, sehr rasche Wechsel von Kassenstellen zu vermeiden und damit mehr Stabilität für die betroffenen Regionen zu schaffen. Für die Bevölkerung ist entscheidend, dass zugesagte Versorgung auch langfristig hält. Die Menschen in Landeck brauchen Verlässlichkeit. Genau deshalb erwarte ich mir das hier von den zuständigen Stellen ÖGK und Ärztekammer schnell gehandelt wird“,* so Scheiber.

Die derzeitigen **Ausschreibungszeiten und -abläufe gehören dringend auch auf den Prüfstand**. *„Wenn dringend benötigte Kassenstellen monatelang unbesetzt bleiben, ist das für die Bevölkerung nicht akzeptabel. Ausschreibungsfristen müssen endlich flexibler werden, damit Nachbesetzungen rasch erfolgen können. Versorgungssicherheit darf nicht an starren Verwaltungsabläufen scheitern“,* fordert Beate Scheiber.



„Jetzt braucht es entschlossenes Handeln der zuständigen Institutionen, damit die augenärztliche Versorgung in Landeck nachhaltig abgesichert wird und rasch eine tragfähige Lösung gefunden wird!“





KO Jakob Wolf & VP Dominik Mainusch | Novelle Gewerbeordnung vs. Gemeindeautonomie

Der Tiroler Landtag hat mehrheitlich den Dringlichkeitsantrag der beiden Regierungsparteien zur Gewerbeordnungsreform beschlossen. Damit wird die Landesregierung beauftragt, gegenüber der Bundesregierung darauf zu drängen, den vorliegenden Entwurf zur Änderung der Gewerbeordnung dahingehend zu überarbeiten, dass **die Gemeindeautonomie, insbesondere im Bereich der Bauverfahren, gewahrt bleibt.**

„Wir stehen grundsätzlich hinter dem Ziel des Bundes, Verfahren zu vereinfachen, Doppelgleisigkeiten zu vermeiden und Betriebe zu entlasten. Verwaltungsvereinfachungen dürfen aber nicht dazu führen, dass sich Entscheidungen von der Basis entfernen. Das Baurecht ist ein Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung, diese Kompetenz darf nicht ausgehöhlt werden. Das wäre nichts anderes als eine schleichende Zentralisierung auf Kosten der kommunalen Demokratie“, bewertet **VP-Gemeindesprecher Dominik Mainusch** die geplante Aufgabenänderung.

Darüber hinaus warnt Mainusch vor spürbaren Folgen in der Praxis: *„Wenn Entscheidungen weniger ortsnah getroffen werden, steigt das Konfliktpotenzial, insbesondere im sensiblen nachbarschaftsrechtlichen Bereich. Gleichzeitig gehen die vermittelnde Rolle der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie wichtige Ermessensspielräume verloren. Das führt nicht zu schnelleren Verfahren, sondern im Gegenteil zu höherem Konfliktpotential, weniger Akzeptanz und längeren Verfahren“,* so Landtagsvizepräsident Mainusch.

In dieselbe Kerbe schlägt dabei auch **VP-Klubobmann und Bürgermeister von Umhausen Jakob Wolf**. „Ein Eingriff in diese verfassungsrechtliche Bestimmung bedeutet, dass der ureigenste Wirkungsbereich der Gemeinden – nämlich in der Aufgabe der örtlichen Baukompetenz – massiv beschnitten wird und ein zentraler Pfeiler der Gemeindeautonomie wegfällt. Daher meine klare Ansage an die Bundesregierung: Hände weg von der Autonomie der Gemeinden“, so Wolf.





Seit über hundert Jahren stellen die Gemeinden in diesem Aufgabenbereich sicher, dass Bauvorhaben an **lokale Bedingungen, raumplanerische Ziele** und die **Bedürfnisse der Bevölkerung** angepasst werden. Die kommunale Selbstverwaltung ist **kein administratives Hindernis, sondern ein verfassungsrechtlich geschütztes Fundament** der österreichischen Staatsorganisation.

„Die Bundesregierung ist aufgefordert, die
Gemeinden als gleichwertige Partner
im föderalen Staatsgefüge zu
respektieren!“

